

## SOWJETZONE

### Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ)

Seit einem reichlichen Jahr haben die Deutschen in der SBZ Gelegenheit, die im „neuen Kurs“ von der Pankower Regierung zur „Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung“ gemachten Versprechungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Der unaufhörliche Strom von Flüchtlingen ist zwar — gemessen an 1953 — schwächer geworden, doch er zehrt weiter unablässig an der Substanz der mitteleuropäischen Bevölkerung und trifft gerade die arbeitsfähigen Jahrgänge besonders stark. Dieser Flüchtlingsstrom ist wie das Ergebnis einer permanenten Abstimmung, wie das Bekenntnis der Deutschen in der SBZ zum Westen und wie eine Absage an das Herrschaftssystem der SED zu bewerten. Diese Ablehnung ist politisch und wirtschaftlich begründet. Beide Ursachen — und das ist typisch für das totale System, unter dem die Zone existieren muß — sind nicht voneinander zu trennen.

Selbst wenn es Pankow gelingen sollte, den wirtschaftlichen Druck so weit zu mildern, daß auch die Schwächsten in seiner Gesellschaftsordnung, die Rentner, die vielen kleinen privaten Existenzen und die nach den niedrigsten Lohngruppen bezahlten Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter, keine materielle Not mehr spüren, dann würde der politische Druck wahrscheinlich verstärkt werden, um das System nicht durch den Geist der Freiheit zu gefährden, der schon im Volksaufstand vom 17. Juni 1953 eindringlich vor den Gefahren jedes Schwächezeichens gewarnt hat.

Haben die zahlreichen und die vielfältigsten wirtschaftlichen Fragen betreffenden staatlichen Anordnungen — von der lächerlich anmutenden Bestimmung über die Auswahl von Käsesorten über Lohnerhöhungen in der volkseigenen Industrie bis zur zeitweisen Drosselung der schwerindustriellen Investitionen — das versprochene Ergebnis gehabt?

Aus den Vierteljahresberichten der „Staatlichen Plankommission“ in der Pankower Regierung, aus der großen — besonders aber aus der kleinen — Provinzpresse der SBZ, aus Briefen und kritisch ausgewählten Flüchtlingsaussagen kann sich auch der außenstehende Beobachter ein Bild von der wirtschaftlichen Lage in der SBZ machen. Und danach müssen die oben gestellten Fragen dahingehend beantwortet werden, daß, im ganzen gesehen, die Versprechungen des „neuen Kurses“ entweder nur für kurze Zeit oder gar nicht erfüllt worden und echte Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage nur örtlich und auf kleine Bevölkerungskreise begrenzt eingetreten sind.

### *Der Bargeldumlauf als Konsumbarometer*

Der Bargeldbestand der SBZ wurde nach der Währungsumstellung im Juni 1948 mit 4169 Mill. DM/Ost festgesetzt. Bis zum heutigen Tage sind die drakonischen Maßnahmen zur Begrenzung des Bargeldumlaufes nicht gelockert worden. Die öffentliche und die private gewerbliche Wirtschaft und alle staatlichen Verwaltungen und sonstigen Einrichtungen dürfen Bargeld nur für kleinste Ausgaben bis zu 50,— DM im Einzelfall, für Lohn- und Rentenzahlungen, zur Bezahlung des staatlichen Aufkaufes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Privatwirtschaft für geringfügige Privatentnahmen verwenden. Nur die Lohn- und Gehaltsempfänger und theoretisch auch die Bezieher von Sozialeinkommen dürfen Bargeld in beliebiger Menge mit sich führen und ausgeben.

Der Grund für die absolute Beschränkung der innerhalb der staatlichen und privaten Wirtschaft umlaufenden Geldströme auf den Giralweg und für die streng kontrollierte, sehr geringe Kassenhaltung liegt in dem sich aus der sowjetzonalen totalen Planwirtschaft ergebenden Zwang zur ständigen Überwachung der Kontenbewegungen aller Wirtschaftsteilnehmer. Alle genehmigten Bargeldauszahlungen sollten durch den staatlichen und privaten Einzelhandel, durch Verkehrs- und kulturelle Einrichtungen und durch die Sparkassen möglichst schnell wieder zur Notenbank zurückfließen, ohne daß sich bei der Bevölkerung ein Kaufkraftüberhang bilden konnte.

Die Bargeldauszahlungen ließen sich mit den Rückflüssen jedoch nur bei steigendem Warenangebot ausgleichen, da die Regierung aus propagandistischen Gründen zu Lohn- und Rentenerhöhungen und — wenn auch nur sehr zögernd seit 1951 (dem Jahr der bisher zahlreichsten HO-Preissenkungen) — zu einem Abbau des überhöhten Preisniveaus gezwungen war.

Obwohl eine Erhöhung des Lohnfonds nach dem 1. Januar 1954, allgemeine Rentenerhöhungen seit August vorigen Jahres nicht mehr und Preissenkungen in diesem Jahr nur in unbedeutendem Umfange vorgenommen worden sind, müssen die Bargeldrückflüsse zur Notenbank immer ungenügender geworden sein, wodurch sich ein steigender Kaufkraftüberhang bildete. Die Dekadenmeldungen der sowjetzonalen Notenbank über den Bargeldumlauf enthalten für Juli dieses Jahres eine außerhalb der Notenbank befindliche Bargeldmenge von über 4,5 Md. DM/Ost, das sind rund 600 Millionen mehr als im Februar dieses Jahres und etwa eine Milliarde mehr als im Sommer des vorigen Jahres.

Stillschweigend mußte die Notenbank damit zugeben, daß die angeblich seit Juni 1948 konstante Bargeldmenge inzwischen — etwa seit Herbst 1953 — beträchtlich erhöht worden ist; nicht etwa wegen eines, wie in der Bundesrepublik, sich ansammelnden Gold- und De-

Visenbestandes, sondern ganz offensichtlich wegen der zu geringen Bargeldrückflüsse in die Notenbank. Mit den Kassenbeständen im sowjetzonalen Kreditapparat und dem sog. Emissionsfonds läßt sich die gesamte Bargeldmenge in der SBZ auf rund 4,9 Md. DM/Ost schätzen, und es ist noch nicht abzuschätzen, wieviel Geld Pankow noch drucken muß.

Der für alle Bargeldauszahlungen erforderliche monatliche Zahlungsmittelbedarf in der SBZ läßt sich augenblicklich mit ungefähr 2,8 Md. DM/Ost beziffern. Rechnet man einen Zusatzbedarf von rund 300 Millionen für die Verzögerung des Bargeldrückflusses über den Einzelhandel usw. in die Notenbank hinzu, so käme man erst auf einen Umlauf von 3,1 Md. DM/Ost. Die Differenz von etwa 1,4 Md. DM/Ost bis zur Höhe des tatsächlichen Umlaufs — wobei unterstellt wird, daß die sowjetzonalen Angaben nicht gefälscht sind — ist an sich mit dem Wirtschaftssystem der SBZ unvereinbar und nur damit zu erklären, daß die Bevölkerung aus irgendwelchen Gründen das Geld zurückhält. In erster Linie dürfte dafür das schlecht sortierte, mengen- und qualitätsmäßig noch immer unbefriedigende Warenangebot und das nur sehr schwach entwickelte Vertrauen in die Stabilität der Ostmarkwährung bestimmend sein. Man weiß in der Zone, daß sich ja auch die Währung der Sowjetunion in einer Reihe von Währungsreformen mit Geldschnitt gemausert hat.

Die Gefahr dieser Entwicklung wird von der Regierung der SBZ auch gesehen. Der Wegfall der Reparationslieferungen, so mag sie gehofft haben, sollte eine Erhöhung des inländischen Warenangebotes ermöglichen. Dies ist jedoch wegen der gleichzeitig stark gestiegenen Ausführungsverpflichtungen nicht eingetreten. Die deshalb ins Leben gerufene „Bewegung für die Milliarde“ (zusätzliche Produktion von Massenbedarfsgütern durch Abfallverwertung, Ausschöpfung aller Reserven an Material und Arbeitskraft usw.) ist nur ein kümmerlicher Propagandatrick ohne sichtbaren Erfolg geblieben. Einfuhrsteigerungen, um die sich die SBZ-Regierung auch auf dem freien Weltmarkt und im Interzonenhandel bemüht, scheitern an dem Unvermögen der Bezahlung oder erforderlichen Gegenleistung.

Wie groß muß der Druck von der zu geringen Warenmenge her wohl sein, wenn die Regierung der SBZ sogar das Hilfsangebot Eisenhowers für die Hochwassergeschädigten angenommen hat! Daß Pankow nur deshalb nicht abgelehnt hat, um durch ein Gespräch über irgendwelche Verfahrensfragen der amerikanischen Hilfeleistung einen gleichberechtigten Eindruck zu erwecken, ist nicht anzunehmen.

Auch die Versuche, den Kaufkraftüberhang durch andere Maßnahmen aufzutauen, hatten bisher keinen Erfolg. Das bis dahin als kapitalistischer Massenbetrug beschimpfte Fußballtoto, ein Zahlenlotto nach Westberliner Vorbild,

die Erweiterung der Steuerfreiheit für Sparanlagen und zuletzt schließlich das Angebot von steuerfreien Pfandbriefen sind hier zu nennen. Bis zum August dieses Jahres hat die Spartätigkeit der Bevölkerung der SBZ seit Jahresbeginn mit der westdeutschen Spartätigkeit nicht Schritt halten können. Anfang 1954 erreichten die sowjetzonalen Sparkonten einen Gesamtstand von etwas mehr als zwei Milliarden Ostmark. Im Frühjahr 1954 betrug das Sparvolumen je Kopf der Bevölkerung in der SBZ etwa 66 vH des westdeutschen Kopfbetrages. Diese Quote ist bis August dieses Jahres auf schätzungsweise 55 bis 60 vH zurückgegangen.

Auch mit saisonalen Gründen ist der ungewöhnlich hohe Bargeldbestand bei der Bevölkerung nicht zu erklären; etwa mit der Ferien- und Reisezeit, denn in allen Vorjahren seit 1949 war der Bargeldumlauf gerade in den Sommermonaten am niedrigsten, um erst gegen Anfang September wieder leicht anzusteigen. Nun könnte mancher annehmen, daß die in diesem Sommer wegen der Erleichterungen im Interzonenreiseverkehr besonders starke Reisebewegung aus der SBZ in die Bundesrepublik zu einer erhöhten Bargeldhortung und Mitnahme von Ostgeld geführt haben könnte. Dies konnte jedoch nur in den Fällen geschehen, wo es möglich war, in West-Berlins Wechselstuben Ostgeld gegen Westgeld einzutauschen.

Gegen den Abfluß von Ostmark bei allen Reisen aus der Zone direkt nach dem Westen ohne Berührung Berlins hat die Regierung der SBZ vor kurzem eine besondere Maßnahme getroffen. Bewohner der SBZ dürfen 100 DM/Ost mit nach Westdeutschland nehmen. Sie dürfen jedoch nur 50 DM/Ost in den Speise- und Schlafwagen auf der Hin- und Rückreise ausgeben. Die Ausgabe ist bei der Rückkehr in die Zone den staatlichen Kontrollorganen durch die Vorlage von Quittungen des Zugpersonals nachzuweisen und die restliche Geldmenge vorzulegen. Diese kleinliche Schikane kennzeichnet die Zwangslage, in der sich die Wirtschaft der SBZ befindet.

Eine Einschränkung des Bargeldvolumens durch Preiserhöhungen oder Lohnsenkungen würde den Bankrott der staatlichen Wirtschaftspolitik bedeuten und unabsehbare politische Konsequenzen haben. Wenn es Pankow nicht gelingt, die Bargeldrückflüsse durch eine erhebliche Verbesserung des Warenangebotes anzuregen, dann bleibt fast kein anderer Ausweg als der einer „Währungsreform“ mit Geldschnitt, über deren Zeitpunkt natürlich nichts gesagt werden kann.

#### *Gründe für das unzureichende Warenangebot in der SBZ*

Die SBZ hat ungefähr die gleiche wirtschaftliche Struktur wie die Bundesrepublik. Im Jahre 1943 entfielen auf sie mit etwa 22 vH der gesamtdeutschen Bevölkerung rund 26 vH der

Industrieproduktion Deutschlands. Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Erzeugung stand sie sogar günstiger da als die jetzige Bundesrepublik. Es ist bekannt, daß die stark entwickelte Veredelungsindustrie im Gebiete der SBZ stets rohstoffabhängig vom übrigen Deutschland bzw. vom Ausland war. Weiter ist bekannt, daß die Sowjets nach 1945 in der SBZ vorwiegend die Schwerindustrie förderten und die Konsumgüterindustrie bewußt vernachlässigten. Diese Entwicklung stand unter der offiziellen Parole der staatlichen Einheitsgewerkschaft FDGB: „Erst mehr arbeiten, dann besser leben.“ Die dadurch gegenüber früher geringere Erzeugung an Industriewaren für den täglichen Bedarf mußte außerdem für die Erfüllung beträchtlicher Reparationen aus der laufenden Produktion und für Zwangsexporte in Anspruch genommen werden.

Die landwirtschaftliche Erzeugung der SBZ, die 1952 etwa die Kriegs- und vor allem die Nachkriegsverluste an Viehbestand und landwirtschaftlichen Geräten und teilweise auch Maschinen aufgeholt hatte und den Friedenshektarerträgen einigermaßen nahegekommen war, konnte jedoch infolge Düngemittelmangel, ungenügender Saatgutpflege und Schädlingsbekämpfung, der seit Beginn der Kollektivierungsmaßnahmen einsetzenden Flucht der Landbevölkerung nach dem Westen und der Entnahmen für Reparationen und Zwangsausfuhren (Zucker, Kartoffeln, Öle und Fette) zu keiner Zeit den Nahrungsmittelbedarf des Inlandsmarktes decken. Die Beibehaltung der laut dem Fünfjahresplangesetz im Jahre 1953 aufzuhebenden Rationierung von Fleisch, Fetten, Zucker, Milch und Kartoffeln und der Hinweis, daß ihre Beseitigung wegen der dann eintretenden Warenverknappung und Preissteigerung für die nächste Zeit mit Rücksicht auf die Wünsche der Arbeiterschaft nicht zu erwarten sei, beweist die außerordentlich angespannte Versorgungslage der SBZ.

Sowohl im industriellen als auch im landwirtschaftlichen Bereich sollte nun durch die Maßnahmen des „neuen Kurses“ eine Erhöhung des Warenangebotes auf dem Inlandsmarkt erreicht werden. Diese Maßnahmen mußten, auf die Dauer gesehen, erfolglos bleiben, weil sie die grundsätzlichen Fehler und Mängel des sowjetzonalen Wirtschaftssystems nicht beseitigten:

Die bedingungslose Abhängigkeit der Sowjetzonenwirtschaft von den Wünschen und Befehlen des Kremls;

die überspizte Ausdehnung der wirtschaftlichen Planung über ein vernünftiges Maß hinaus, nämlich über den Bereich der Investition und Grundindustrien hinaus bis zur letzten und kleinsten Konsumtätigkeit;

die in ihren? Gefolge notwendige Bürokratisierung der Wirtschaft;

die Vernachlässigung, ja Unterdrückung persönlicher Entschlußkraft und Verantwortungs-

freudigkeit durch die totale staatliche Befehls-wirtschaft;

die Beseitigung einer echten und freiheitlichen Gewerkschaftstätigkeit und

die Fesselung des arbeitenden Menschen in einem fast lückenlosen System von arbeits- und finanztechnischen Kontrollen und erzwungenen „Selbstverpflichtungen“.

Diese in der ideologischen Sphäre liegenden Hemmnisse für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung werden bei der Beurteilung der sowjetzonalen Wirtschaftslage sehr oft vernachlässigt. Der Deutsche in der SBZ ist kein schlechterer Arbeiter als sein Kollege in Westdeutschland. Wenn er aber durch überhöhte Arbeits- und zu niedrige Materialverbrauchs-normen bei seiner Arbeit unter Zeit- und Qualitätsdruck gesetzt wird, und das bei zum großen Teil überalterten Maschinen und bei qualitativ ungenügenden Roh- und Halbfertigwaren, dann kann es nicht ausbleiben, daß seine Leistung nachläßt.

Um ihn nicht als Einzelgänger, sondern im Kollektiv zu beaufsichtigen, wird er in Brigaden mit einer Reihe von Kollegen zusammengefaßt, in der nicht die Durchschnitts-, sondern die Bestleistung des Aktivisten zur Bemessungsgrundlage seiner Arbeitsleistung gemacht wird. Dadurch ist das Akkordsystem, das dem Arbeiter einen möglichst gerechten Mehrleistungszuschlag zuerkennen soll, in der SBZ zu einer schonungslosen Ausbeutung seiner physischen Leistungsfähigkeit pervertiert worden.

Es würde zu weit führen, auf alle hemmenden Faktoren dieses Systems einer ein vernünftiges Maß weit übersteigenden Planwirtschaft und auf die ständigen Pannen im Verkehrs- und Handelsnetz der SBZ einzugehen. Hinzuweisen ist jedoch noch auf einige technologische und materialbedingte Produktionsstörungen.

Schon die Energiegrundlage der Sowjetzonenwirtschaft ist unzureichend. Die von der „Staatlichen Plankommission“ gemeldeten Produktionsziffern der einzelnen Industriezweige sind mit größter Skepsis zu betrachten, weil die Energieerzeugung nicht mit gleich hohen Zuwachsraten entwickelt wurde. Die zu geringe Kraftwerksleistung wird durch eine höchstmögliche Ausnutzung der stromerzeugenden Anlagen und durch einen wachsenden Anteil von Nachtarbeit im Dreischichtenbetrieb der Industrie auszugleichen versucht.

Auch der landwirtschaftliche Energieverbrauch wird für die Feldbestellung und die Erntearbeiten möglichst weitgehend in die Nachtzeit verlagert. Die Nachtarbeit führt zu einer besonders hohen Abnutzung des industriellen und landwirtschaftlichen Maschinenparks. Welche Folgen das für die Landwirtschaft hat, beleuchtet die Tatsache, daß von dem ohnehin zu niedrigen Treckerbestand der SBZ fast stets 30 vH nicht einsatzbereit sind. In der SBZ kommen auf rund

5 Millionen Hektar Ackerfläche 24 000 Traktoren, im Bundesgebiet auf rund 8,1 Millionen Hektar etwa 310 000 Traktoren.

Die für 1954 geplante Kapazitätsausweitung der Energieerzeugung ist bis Mitte dieses Jahres anteilmäßig bei weitem nicht erreicht worden. Außer unter dem Energiemangel leidet die Industrieproduktion der SBZ besonders unter mengen-, Sortiments- und qualitätsmäßig unzureichendem Rohstoffeinsatz. Die hohen Ausschussquoten, vor allem, in den Eisengießereien und Stahlwerken, führen zu schwerwiegenden Störungen in den weiterverarbeitenden Industrien. Für den Inlandsmarkt mag diese minderwertige Produktion bisweilen noch genügen, für den Außenhandel ist sie jedoch nicht tragbar. Die einstige Wertarbeit der mitteldeutschen optischen, elektrotechnischen, chemischen und Maschinenbauindustrie wird auch heute noch in der SBZ teilweise erreicht. Doch die Zone kann damit nicht wie früher ihren Einfuhrbedarf an Qualitätsrohstoffen voll decken.

Die auf der Leipziger Herbstmesse gezeigte Auswahl an Industrieerzeugnissen kann über diesen Tatbestand nicht hinwegtäuschen, weil das Ausstellungssortiment nicht der wirklichen Lieferfähigkeit entspricht. Besondere staatliche Maßnahmen gelten daher der Förderung des Außenhandels, um die seit über Jahresfrist aufgelaufenen Exportrückstände abzubauen. Die Auswahl der Einfuhrgüter richtet sich noch immer nicht nach den Wünschen des mitteldeutschen Verbrauchers, weil an erster Stelle nicht seine Bedürfnisse, sondern die der Exportindustrien berücksichtigt werden müssen.

Aber nicht nur der Außenhandel fällt als Belebungsmittel für den Inlandsmarkt aus, sondern in zunehmendem Maße auch schon wieder die eigene Produktion. Erst kürzlich vertraten maßgebliche Staatsfunktionäre der SBZ den Standpunkt, daß an dem alten Ziel, erst die Schwerindustrie aufzubauen und die Konsumgüterindustrie nachhinken zu lassen, nicht gerüttelt werden dürfe.

Die vorübergehende Tempoverringering in der schwerindustriellen Investition war außerdem der Konsumgüterindustrie nur unwesentlich zugute gekommen. Bei ihr ist in der Hauptsache noch die restliche Privatindustrie vertreten. Sie erhielt lediglich gewisse steuerliche Erleichterungen unter der Bedingung der Erweiterung der Produktionsanlagen. Diese ist aber größtenteils an die Materialbeschaffung gebunden, und dabei genießen die staatlichen Betriebe in jeder Hinsicht erhebliche Vorzüge.

Die Konsumgüterindustrie wird vorläufig noch das planwirtschaftliche Stiefkind in der SBZ bleiben. Aus diesem Grunde kann dem Inlandsmarkt an sog. Massenbedarfsgütern keine allzu günstige Zukunft vorausgesagt werden. Der Bargeldumlauf wird demzufolge weiter ansteigen. Der allgemeine Lebensstandard in der SBZ, der wahrscheinlich höher liegt als in den anderen sowjetrussischen Satellitenstaaten und auch höher als in Rußland selbst, weshalb die Sowjets keinen Anlaß sehen werden, ihn unverzüglich zu verbessern, wird weiterhin unter dem in der Bundesrepublik erreichten Niveau zurückbleiben.

*Walter Meier*